

# Keine einheitliche Linie bei der Öffnung von Schulen und Kitas

geschrieben von Redakteur | Februar 11, 2021



## Bundesländer handeln nach eigenem Ermessen – GEW kritisiert mangelhafte Planung

Der Föderalismus macht es möglich: Jedes Bundesland bestimmt selbst, wann und wie es seine Kitas und Schulen wieder öffnet. Einige hatten ohnehin nie wirklich geschlossen. Sachsen startet offiziell am 15. Februar, andere ziehen eine Woche später nach. Kanzlerin Angela Merkel hätte sich den Start Anfang März gewünscht, konnte sich aber nicht durchsetzen.

### Wer, was, wann, wie?

Welches Bundesland nun wann seine Einrichtungen öffnet, ist noch nicht endgültig klar. Das macht die Planung für alle Betroffenen schwer. Länder wie Baden-Württemberg oder Mecklenburg-Vorpommern wollen die Grundschulen am 22. Februar

wieder öffnen. Sie machen das aber von den Inzidenzwerten abhängig. Bremen und Nordrhein-Westfalen hatten ohnehin nie wirklich geschlossen. Im Corona-Hotspot Sachsen plant die Regierung eine flächendeckende Öffnung von Kitas und Schulen schon am 15. Februar. Hamburg lässt sich dagegen wohl bis zum 7. März Zeit.

## **Merkel konnte sich nicht durchsetzen**

Noch uneinheitlicher gestalten sich die Vorgaben und Konzepte für die verschiedenen Einrichtungen und Schultypen. Einen wirklichen Überblick über die verschiedenen Situationen in den Ländern zu schaffen, ist schon deshalb kaum möglich, weil viele zwar so schnell wie möglich öffnen möchten, sich aber noch selbst nicht klar über ihre Konzepte sind. Merkel erklärte nach der Sitzung mit den Verantwortlichen für die Bundesländer, dass sie eine Öffnung am 1. März vorgezogen hätte. „Ich konnte mich aber nicht so durchsetzen, als hätte ich ein Veto-Recht.“

## **Eigentor**

Das kritisiert Malis Tepe, die Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): „Den Ländern freie Hand zu geben, ist ein Eigentor: Die Akzeptanz und Unterstützung der Maßnahmen der Länder wird bei Lehrkräften, Erzieherinnen, Erziehern, den Lernenden und deren Eltern weiter sinken. Der Grund: Weder Kultusministerkonferenz (KMK) noch Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) haben bis heute eine klare Strategie und einen bundesweit einheitlichen, verlässlichen Stufenplan zur schrittweisen Öffnung von Schulen und Kitas vorgelegt. Dieser müsste deutlich machen, bei welchen Inzidenzwerten welche Maßnahmen greifen.“

## **Teststrategie gefordert**

Dabei sorgt sich die GEW vor allem um die Gesundheit von Kindern, Eltern und den Mitarbeitern in den Einrichtungen und

Schulen. Deshalb fordert sie in erster Linie, eine alltagstaugliche Teststrategie zu entwickeln und die Impfstrategie für Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher zu verbessern.

„Die GEW hält es weiterhin für richtig, ab einem Inzidenzwert von über 50 Neuinfektionen auf 100.000 Menschen in einer Woche in einer Kommune in der Schule auf Wechselunterricht, ab über 100 auf Fernunterricht umzustellen. Liegt der Inzidenzwert unter 50 Neuinfektionen sollen sich die Schulen auf Grundlage der Empfehlungen des Robert Koch-Instituts (RKI) wieder auf die Öffnung vorbereiten. Dafür ist der Wechselunterricht ein zentrales Instrument, für die Umsetzung brauchen die Schulen Zeit. Das klappt nicht von Freitag auf Montag. Das Modell Wechselunterricht ermöglicht, Gesundheitsschutz und Recht auf Bildung miteinander zu verknüpfen. Entscheidend ist, dass feste Gruppen gebildet werden, die Zahl der Schülerinnen und Schüler in den Klassen halbiert und ein Schulweg, auf dem Abstände eingehalten werden können, gesichert wird.“

## **Machbarkeit gefragt**

Dabei könnten Lehrkräfte aber nicht morgens im Präsenz- und nachmittags im Fernunterricht arbeiten. Das sei nicht zu stemmen, so Tepe. Lehrkräfte, aber auch die durch Homeschooling geforderten Eltern, müssten entlastet werden. „Auch dadurch, dass Stoff und Leistungsprüfungen reduziert werden und sich an den neuen Erfahrungen und Kompetenzen orientieren, die die Schülerinnen und Schüler während der Corona-Pandemie erworben haben.“

## **Vorzeitige Impfungen?**

Die GEW begrüßt aber ausdrücklich, dass auf Initiative von Merkel geprüft werden soll, ErzieherInnen und Grundschulkräfte, die kaum eine Möglichkeit haben, Abstände zu wahren, vorzeitig zu impfen. Angesichts des Mangels an Impfstoffen und der großen Zahl an Alten, Kranken,

Bevölkerungs- und Berufsgruppen wie Gesundheitsdienst und Polizei dürften nach Ansicht zahlreicher ExpertInnen viele noch lange auf ihre Impfung warten.